hrss
hamburg review of social sciences

# Führt geringeres Vertrauen in die Regierung zur Ablehnung der Demokratie? **

## Eine Analyse der Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur, Vertrauen in Politik und Demokratie in acht Nationen

**Bernhard Riederer***

**Abstract**

Starting from the debate about people's disenchantment with politics, the current article asks how important trust in government is for trust in the functioning of democracy and whether the societal position influences trust in the functioning of democracy directly or indirectly via trust in the electoral system, trust in the public service system, and trust in governing politicians. Structural equation modeling with data of eight countries from the ISSP 2004 is used to answer the research questions. Analyses confirm that societal position affects trust in the functioning of democracy via trust in democratic institutions. For example, the lower people's social status is, the less they trust governing politicians and, thus, also the democratic system. In addition, trust in governing politicians seems to be less relevant to trust in the functioning of the democratic system than trust in the electoral system or trust in the public service system.

Ausgehend von einer in Westeuropa oft konstatierten „Politikverdrossenheit" geht der vorliegende Aufsatz den Fragen nach, inwiefern das Vertrauen in die Regierenden das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie beeinflusst, und welche Rolle die eigene gesellschaftliche Position für das Vertrauen in Politik und Demokratie einnimmt. Mit Daten des ISSP 2004 aus acht Nationen wird in einem Strukturgleichungsmodell geprüft, inwiefern Effekte der gesellschaftlichen Position auf das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie durch das Vertrauen in das System der Wahlen, den öffentlichen Dienst und regierende Politiker/innen vermittelt werden. Es bestätigt sich, dass sich die gesellschaftliche Position vor allem indirekt auf das Vertrauen einer Person in die Demokratie auswirkt. Menschen mit geringerem sozialem Status zeigen weniger Vertrauen in Regierende und Demokratie. Das Vertrauen in Politiker/innen scheint zudem weniger bedeutend für das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie zu sein als das Vertrauen in Institutionen der Demokratie wie das Wahlsystem oder den öffentlichen Dienst.

*Mag. Bernhard Riederer, Bakk. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Wien.

**Vorarbeiten zu diesem Beitrag entstanden im Rahmen des FWF-Forschungsprojekts P-17887-G4 "National Identity and Citizenship" unter Leitung von Max Haller an der Karl-Franzens-Universität Graz. Max Haller, Roland Verwiebe und Roland Teitzer danke ich für die konstruktiven Kommentare zu früheren Versionen dieses Aufsatzes.

## 1. Einleitung

Abnehmende Wahlbeteiligungen, zurückgehende Parteiidentifikation und kurzfristige Wahlerfolge für Protestparteien führten in Westeuropa in den letzten Jahrzehnten zu einer Diskussion über das Verhältnis zwischen politischem System und den Staatsbürger/innen sowie das Ausmaß des Vertrauens, das letztere ersterem entgegenbringen (Fuhse 2002: 421-2). Massing und Breit (2005) formulierten erst kürzlich dazu, dass es heute Sorge bereiten [muss], dass das Vertrauen in die demokratischen politischen und gesellschaftlichen Institutionen insgesamt abzunehmen scheint“ (ebd.: 8). Die sinkende Zufriedenheit mit der Demokratie in westlichen Gesellschaften werde von abnehmendem Vertrauen in die politischen Institutionen und die Politiker/innen selbst begleitet. Gerade aber das Vertrauen der Wähler/innen in ihre Repräsentant/innen trage zur Legitimation der Herrschaftsordnung der repräsentativen Demokratie bei. Neben der Ansicht, dass ein demokratisches System nur dann gut funktionieren könne, wenn die Bürger/innen die Regeln und Normen einhalten und somit das System ausreichend unterstützen, muss aber auch beachtet werden, dass Kritik als Ressource, als Stimulus für die Weiterentwicklung von Demokratien betrachtet werden kann (Geißel 2006: 3). Unzufriedenheit mit dem aktuellen demokratischen System darf deshalb nicht automatisch als Schwächung der Demokratie angesehen werden. Dennoch ist das grundsätzliche Vertrauen in das politische System und die politischen Eliten wesentlich für den Bestand einer repräsentativen Demokratie.

Ausgehend von Befunden zur sinkenden Zufriedenheit mit und zum abnehmenden Vertrauen in Politiker/innen (für einen Überblick siehe Arzheimer 2002) beschäftigt sich der vorliegende Beitrag erstens mit der Frage, inwiefern das Vertrauen in die Regierenden das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie insgesamt beeinflusst. Um die Stärke des Einflusses des Vertrauens in die Regierung abschätzen zu können, werden neben sozialstrukturellen Größen auch das Vertrauen in das politische Wahlsystem und den öffentlichen Dienst berücksichtigt. Zweitens wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung die eigene gesellschaftliche Position für das Vertrauen in Politik und Demokratie hat. Ein Vergleich zwischen acht Ländern (Österreich, Deutschland, Schweiz, Schweden, Ungarn, Tschechische Republik, Kanada, USA) anhand der Daten des International Social Survey Programme des Jahres 2004 soll zudem Aufschlüsse über die Generalisierbarkeit der Zusammenhänge für westliche Nationen und Unterschiede nach politischen Rahmenbedingungen geben.

## 2. Vertrauen in Politik und Demokratie

Vertrauen ist Erwartungshaltung, Bereitschaft, Charakteranlage und Tugend, ist kognitiv, emotional, moralisch oder eine Kombination dieser drei (Levi 2001: 15922) und es muss freiwillig und in kleinen Schritten aufgebaut werden (Luhmann 1973: 30; 1987: 179-81). Generell bezeichnet Vertrauen nach Gabriel und KollegInnen (2002: 52) „eine auf bestimmte Standards und Erwartungen gestützte positive Orientierung auf Objekte". Im einfachsten Fall beinhaltet Vertrauen schlicht „Verlässlichkeit", doch kann auch verlangt werden, dass die mit dem Vertrauen verbundene Verlässlichkeit einen „guten Willen" voraussetzt (Jones 2001: 15917). Vertrauen beruht auf Glauben und Verpflichtung (Sztompka 2001: 15913). Die Menschen müssen der Zukunft aktiv begegnen und sich selbst zu Handlungen mit teilweise unsicheren und unvorhersehbaren Konsequenzen verpflichten. Durch Reduktion sozialer Komplexität ermöglicht Vertrauen dann aber die Erschließung von Möglichkeiten für kooperatives und koordiniertes Handeln (Luhmann 1973). Bei Misstrauen lässt man sich nur auf ein Risiko ein, wenn man zunächst Vorbeugemaßnahmen ergriffen hat. Wer Vertrauen schenkt, kann sich auf unsichere Prämissen stützen und erhöht damit sein Handlungspotential. Auch das verweist wieder auf Unsicherheit, die für Vertrauen von immenser Bedeutung ist.

Offe (2003: 234) betont, dass Demokratien im Bewusstsein aller Akteure mit Kontingenz behaftet sind. Sie können immer durch menschliches Handeln revidiert oder annulliert werden. Die Motivation, in die Motive und Kompetenzen anderer Vertrauen zu setzen, entsteht dadurch, dass der/die Einzelne von allen anderen abhängig, ihren Voten u.U. ausgeliefert ist. Ein Individuum ist nicht in der Lage, in modernen Demokratien mit allen anderen zu kommunizieren. Es kann das nur über repräsentative Sprecher/innen (ebd.: 235). Vertrauen hat daher eine entscheidende Funktion: Vertrauen ermöglicht es, bereitwillig und zuversichtlich in Abhängigkeitsbeziehungen einzutreten (Jones 2001: 15917). Es ist rational, sich auf diese Abhängigkeiten einzulassen: „Wenn ich mich darauf verlasse, dass andere mit mir abgestimmt handeln oder unterlassen, kann ich mein eigenes Interesse selbst rationaler verfolgen" (Luhmann 1973: 24). Solche Abhängigkeiten können verschiedenster Art - auch politischer Natur - sein. Mit Offe (2003: 236) können die Institutionen einer liberalen Demokratie wie mediale Öffentlichkeit, periodische Wahlen, Parteienkonkurrenz, Regierungsverantwortlichkeit oder unabhängige Gerichte aber auch als „Vorkehrungen eines institutionalisierten Misstrauens" verstanden werden. Politiker/innen übernehmen die wichtige Rolle, Unsicherheiten zu absorbieren. Man vertraut

vorläufig darauf, dass jemand unübersichtliche Lagen erfolgreich meistern wird (Luhmann 1973: 26). Doch selbst wenn die Befolgung der Weisungen von MachthaberInnen gesichert ist, weiß man nicht, was von diesen konkret verlangt werden wird (Luhmann 2000: 19). Es gilt aber nicht nur oberflächlich zwischen den Institutionen einer Demokratie und den PolitikerInnen zu unterscheiden. Vielmehr kann man unterschiedliche Formen von Vertrauen identifizieren, die mit unterschiedlichen TrägerInnen und Empfängern des Vertrauens verknüpft sind.

Bijlsma-Frankema und Costa (2005: 261) unterscheiden zwischenmenschliches Vertrauen (*interpersonal trust*), das sich auf Vertrauen zwischen Personen bezieht, von Systemvertrauen (*system* or *institutional trust*), das sich auf das Vertrauen in das Funktionieren organisationaler, institutioneller und sozialer Systeme bezieht. Nach Kaase und Marsh (1979: 40) muss in der Analyse zwischen „government trust" (Vertrauen in die politischen Autoritäten) und „system trust" (Vertrauen in die politischen Institutionen) unterschieden werden. Auch Kaina (2004: 525) betont, dass die Orientierungen der Bevölkerung gegenüber den politischen Institutionen und den Politiker/innen eigene Einstellungsdimensionen darstellen. Während *interpersonelles Vertrauen* auf persönlichen Kontakten und Erfahrungen beruht, fußt *prozedurales Vertrauen* in institutionellen Praktiken oder Prozeduren wie Wahlen und das Prinzip der Repräsentation, die als guter Weg angesehen werden, um einen Kompromiss zwischen divergierenden partikulären Interessen zu finden (Sztompka 2001: 15914). Vertrauen in die politischen Eliten tritt ein, wenn diese ungehindert agieren können und nicht kontinuierlich negative Befunde hervorbringen, die zur Grundlage verallgemeinerten Misstrauens werden (Offe 2003: 236). Auch das Vertrauen in eine politische Institution, ein politisches System oder eine generalisierte Gruppe ist nicht von der Erfahrung unabhängig. Doch muss sich hier ein verallgemeinertes Vertrauen entwickeln. Durch Generalisierung von Erfahrungen zustande gekommene Einstellungen und damit verbundene Erwartungen entlasten die Individuen von Informationskosten und bilden einen Puffer gegenüber negativen Erfahrungen mit konkreten Entscheidungsträger/innen (Fuchs et al. 2002: 431).

Dennoch sind das Vertrauen in die Politiker/innen und die Beurteilung des Funktionierens der Institutionen des Staates sowie jene des demokratischen Systems insgesamt nicht unabhängig voneinander. Das Vertrauen der Bevölkerung in die gesellschaftlichen Funktionseliten (Politiker/innen, BeamtInnen usw.) beruht auf Qualitätsbewertungen generalisierter Politikergebnisse, der Beobachtung des Handelns der jeweiligen Eliten und konkreten Erfahrungen im Umgang mit ihnen (Kaina 2004: 532). Die Außenwirkung staatli-

cher Institutionen wird über das Handeln der jeweiligen Eliten erzeugt. Und letzten Endes beruht das Handeln sämtlicher Institutionen immer auf im Parlament beschlossenen Gesetzen. Politiker/innen tragen dementsprechend eine Verantwortung für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der von Ihnen repräsentierten Institutionen. Die Zufriedenheit mit der Demokratie dürfte von der Gestaltung der Alltagspolitik und der Bewertung der dafür zuständigen Akteure abhängen (Fuchs et al. 2002: 441).[1]

Für (regierende) Politiker/innen ist es allerdings nicht einfach, die Grundlagen des Vertrauens in sie aufzubauen und zu bewahren. Wahlplakate verkünden Tatkraft und „Versprechen, die regelmäßig uneingelöst erscheinen" (Schönherr-Mann 1996: 357). Die BürgerInnen haben Erwartungen. Doch politisches Handeln ist begrenzt, und politische Akteure selbst sind gerade wegen ihrer Abhängigkeit von Wahlen nicht nur an der Lösung politischer Probleme interessiert.[2] Politiker/innen müssen eine heterogene Masse ansprechen und dabei unterschiedlichste Interessenslagen berücksichtigen. Mehrdeutige Aussagen erscheinen in diesem Kontext sinnvoll (Christiano 2001: 3418). Regierungen beschränken sich auf eine symbolische Bearbeitung drängender Probleme, da auf diese Weise größere Bevölkerungsteile zumindest temporär vertröstet werden können, ohne zwangsweise einen Teil der Bevölkerung enttäuschen zu müssen. Längerfristig jedoch wird der Eindruck, dass nur geredet, aber nichts getan wird, das Vertrauensverhältnis zwischen Politik und Bevölkerung stören (Fuhse 2002: 423). Gerade auch Authentizität dürfte eine wichtige Voraussetzung von Glaubwürdigkeit sein, die wiederum die Grundlage bildet, um Vertrauen zu jemandem entwickeln zu können. Glaubwürdigkeit wird den Politiker/innen allerdings häufig abgestritten (Hoffmann-Riem 2000: 125). Ohne Selbstbindung wird jede Rede vom Gemeinwohl von den Bürger/innen sehr bald als bloße Rhetorik durchschaut. Damit ist eine politisch-moralische Skandalisierung möglich, und die Grundlage gegenseitigen Vertrauens zwischen Regierenden und Regierten allzu schnell aufgehoben (Schulte 2004: 56).

[1] Das Institutionenvertrauen hängt nach den Untersuchungen von Fuchs und KollegInnen (2002: 442) auch tatsächlich mit dem Vertrauen zu Politiker/innen und der Systemzufriedenheit zusammen. Datengrundlage war in diesem Fall der World Value Survey III (1995-97) für Deutschland, Norwegen, Schweden, die Schweiz, Spanien und die USA.

[2] Machtgewinn bzw. -erhalt wird als Motiv vor allem von der Public-Choice-Theorie betont (siehe Mueller 2003: Kap. 19). Eine mögliche Strategie zur Absicherung grundsätzlich unsicherer Politikkarrieren besteht in der ebenfalls oft kritisierten Anhäufung einer Vielzahl politischer Ämter (Borchert et al. 2003: 168). Eine Verfolgung dieser Strategie dürfte das Vertrauen aber wiederum kaum stärken.

### 3. Vertrauen und Sozialstruktur

Vertrauen ist bereits eine abhängige Variable, die durch diverse davor geschaltete Strukturbildungsprozesse geprägt wird (Fuhse 2002: 424). Und gerade diese Prozesse sind auch untrennbar mit der Sozialstruktur verbunden. Einerseits legitimiert sich ein politisches System unter anderem über den Output, den es erzeugen kann, andererseits werden Informationen über die Demokratie durch primäre und sekundäre Sozialisationsprozesse vermittelt (Fuchs et al. 2002: 433), die auch durch die sozialstrukturelle Position beeinflusst werden. Enttäuschte Erwartungen dürften insbesondere jene Bürger/innen aufweisen, die von politischen Entscheidungen besonders betroffen sind. Menschen in prekären Lebenssituationen sind stärker vom Staat abhängig. So spielt der soziale Status einer Person eine wesentliche Rolle für die Beurteilung der Regierenden und das Funktionieren des politischen Systems. In Untersuchungen von 39 Ländern auf Grundlage der Daten des World Value Surveys 1999 bzw. 2000 zeigt sich, dass die Anhänger/innen der Demokratie höher gebildet sind und einen höheren Berufsstatus aufweisen (Hadler 2006: 66).[3] Ein gewisses Maß an sozioökonomischer Absicherung erscheint als Grundvoraussetzung für die individuelle Einstellung zur Demokratie wie auch für institutionelle Demokratisierung (ebd.: 83). In Schweden zeigen Menschen mit den schlechtesten Arbeitsmarktpositionen den geringsten Glauben in die Fähigkeit des politischen Systems ihnen zu helfen (Amnå 2006: 593). In den postkommunistischen Gesellschaften entsteht nach Pollack (2004a: 33)[4] gerade in ländlichen Gebieten ein regional-nationaler Identitätstyp, der stärker bei den niedrig gebildeten, älteren und stärker bäuerlich geprägten Schichten vorkommt und Werten wie Demokratie oder Marktwirtschaft eher ablehnend gegenübersteht.

Frauen gehören zumeist zu den in einer Gesellschaft benachteiligten Gruppen (Bianchi 1999; Davies et al. 1998; Wiepking et al. 2005). Und auch geschlechtsspezifische Rollen werden durch Sozialisationsprozesse vermittelt. Politik ist traditionell männlich. Die Frauenanteile unter den Regierenden sind in den meisten Nationen relativ gering. Frauen sind häufig in die Sphäre der zivilen Aktivitäten gedrängt, während Männer traditionell stärker in der institutionellen Politik agieren (siehe auch Tabelle 1). Dementsprechend

[3] Hadler (2006) unterscheidet mehrere Gruppen anhand der Zustimmung der einzelnen Personen zu verschiedenen Regierungsformen. Uns interessiert in diesem Fall vor allem die Zurechnung zur Gruppe der Demokraten, d.h. die Gruppe, die die Demokratie, sowie die Gruppe, die die Demokratie und eine Führung durch Experten eindeutig befürworten.

[4] Pollacks Studie wurde in Ostdeutschland, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Russland, Estland, Bulgarien, Rumänien, Albanien und Slowenien durchgeführt.

sind auch Geschlechtsunterschiede im Vertrauen in die Regierung und die Demokratie zu erwarten.

Zunehmend thematisiert wird zudem die Politikverdrossenheit unter Jugendlichen. Die „alte“ Demokratie scheint Probleme mit ihrem Nachwuchs zu haben (Amnå 2006: 595). Die Individualisierung und der damit einhergehende Wertewandel stärkten die persönliche politische Zugkraft und ebenso die Pflicht, etwas zu unternehmen, doch leidet darunter auch gerade der Wille, sich durch andere repräsentieren zu lassen. Die Betonung des eigenen Selbst intensiviert eine Attitüde, die sich vom repräsentativen politischen System entfernt. Nach Plasser und Ulram (2002: 44)[5] findet sich in Österreich das größte Desinteresse an Politik bei den jüngeren Menschen. Mahrer (2005: 31) konstatiert, dass das mangelnde politische Engagement der österreichischen Jugend durch das schlechte Ansehen der Politiker/innen verursacht wird.[6] Das heißt aber noch lange nicht, dass die Demokratie abgelehnt wird. Demokratie bestand für Wiener Jugendliche aus individuellen Freiheiten, demokratischer Gleichheit und Menschenrechten. Das Bekenntnis zu den Grundwerten der Demokratie ist eindeutig (Kozeluh et al. 2006: 141).[7] In Deutschland zeigte die 14. Shell Jugendstudie, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie als Staatsform im Westen wie im Osten Deutschlands recht hoch ist; allerdings auch, dass die Unzufriedenheit mit der Realität der Demokratie - vor allem im Osten - deutlich ausfällt (Gauger 2000: 83). Auch letzterer Befund spricht für die These, dass jene, die vom Output des politischen Systems weniger profitieren, auch weniger Vertrauen ins System aufweisen.

Zudem spielt für das Vertrauen in Regierung und System auch die politische Orientierung der Individuen eine Rolle. Individuen sind in der Regel stärker der Ansicht, dass das System gut funktioniere, wenn jene Partei an der Macht ist, die sie bevorzugen. Dies ist nicht nur in Westeuropa häufig der Fall, sondern auch in Ungarn oder Tschechien, wo das Parteiensystem zwar keine vergleichbare Tradition aufweist, dies allerdings durch stärkere Konkurrenz wettgemacht wird (siehe Linde et al. 2003: 401ff.).

[5] Die Ergebnisse von Plasser und Ulram (2002) entspringen 9 Umfragen (Face-to-Face/ Computer Aided Personal Interviewing), die zwischen 1974 und 2001 durchgeführt wurden und zwischen 983 und 2025 Österreicherinnen umfassten (siehe ebd.: 227-8).

[6] Über 90 Prozent der Jugend fordert einen Generationenwechsel in der österreichischen Politik, Visionen und mehr Ehrlichkeit. Mahrers Studie umfasste zwischen November 2002 und September 2004 geführte Einzelgespräche mit über 5000 Österreicher/innen und Fokusgruppen mit weiteren 1700 TeilnehmerInnen zwischen 15 und 35 Jahren.

[7] Kozeluh und Nitsch (2006) erhielten ihre Erkenntnisse unter Heranziehung einer Telefonumfrage sowie weniger Tiefeninterviews mit Wiener Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren.

Vor diesem Hintergrund verfolgt der vorliegende Aufsatz zwei Ziele: Erstens soll herausgearbeitet werden, wie relevant das Vertrauen in regierende Politiker/innen für die Demokratie ist. In der vorliegenden Untersuchung wird der Effekt des Vertrauens in die Regierenden auf die Einschätzung des Funktionierens der Demokratie mit Effekten des Vertrauens in den öffentlichen Dienst und des Vertrauens in das System der Wahlen verglichen. Zweitens soll überprüft werden, welchen Einfluss sozialstrukturelle Größen wie Bildung, Einkommen oder Status auf das Ausmaß des Vertrauens haben. Dabei wird angenommen, dass es zu Mediationseffekten kommt. So dürfte sich etwa der soziale Status nicht nur direkt, sondern auch indirekt über andere Dimensionen des Vertrauens – wie etwa das Vertrauen in die Regierenden – auf das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie auswirken.

**Abbildung 1: Forschungsmodell**

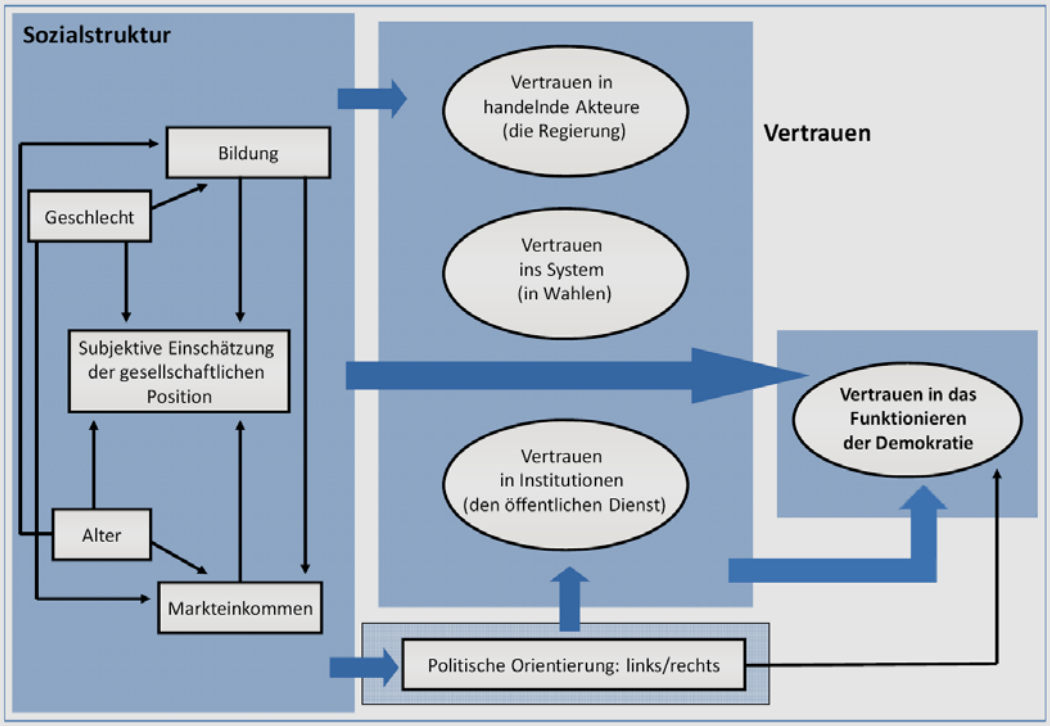


Abbildung 1 verdeutlicht das Forschungsmodell. Je besser die sozialstrukturelle Position einer Person ist, desto stärker sollte ihr Vertrauen in Politik und das Funktionieren der Demokratie sein. Die sozialstrukturelle Position ist relevant für das Vertrauen in die handelnden Akteure, die Institutionen und das System, und das Vertrauen in diese beeinflusst wiederum das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie. Die politische Orientie-

rung wird derart berücksichtig, dass sich die Sozialstrukturvariablen auf diese, und diese sich wiederum auf die unterschiedenen Dimensionen des Vertrauens auswirken. Es wird angenommen, dass es - je nachdem, ob die Regierung mit den eigenen Präferenzen übereinstimmt oder nicht - entweder zu einem positiven (z.B. Individuum politisch rechts, Regierung rechts) oder zu einem negativen Zusammenhang (z.B. Individuum politisch links, Regierung rechts) zwischen der politischen Orientierung und dem Vertrauen in Regierung und Demokratie kommt.[8]

## 4. Vertrauen im internationalen Kontext

Der vorliegende Beitrag überprüft zudem auch, ob bei den vermuteten Zusammenhängen zwischen Sozialstruktur und Vertrauen in Politik und Demokratie Unterschiede zwischen westlichen Gesellschaften existieren. Zu diesem Zweck werden acht Nationen (Deutschland, Österreich, Schweiz, Schweden, Tschechische Republik, Ungarn, Kanada, USA) in die Analyse aufgenommen.

Da ohne Kenntnisse der politischen Kultur eines Landes keine verlässliche Basis für eine Abschätzung der Wirkung des Vertrauens in Institutionen auf die Performance des politischen Systems besteht (Fuchs et al. 2002: 434), werden die in den Vergleich einbezogenen Nationen in Tabelle 1 zunächst kurz charakterisiert.[9] Während etwa Deutschland oder die USA föderalistisch organisiert sind, stellen Schweden oder die Tschechische Republik zentralistische Nationen mit starken Hauptstädten dar. Während den liberalen Wohlfahrtstaaten größere Wettbewerbsfähigkeit zugeschrieben wird, finden sich in den konservativen Wohlfahrtstaaten, dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat Schweden und im Jahr 2004 auch in den postsozialistischen Staaten geringere Einkommensungleichheiten. Besonders relevant im Hinblick auf das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie scheinen insbesondere (a) die demokratischen Tradition, (b) die allgemeine

[8] Man könnte weitere Zusammenhänge zwischen politischer Orientierung und unterschiedlichen Dimensionen des Vertrauens in Demokratie erwarten. So sollten etwa links- wie rechtsextreme Einstellungen zu einer Ablehnung der Demokratie führen. Das Vertrauen dürfte bei Extremen geringer sein. Das könnte man im hier präsentierten Modell berücksichtigen, indem man einen quadrierten Term der politischen Orientierung in das Modell aufnimmt. Darauf wurde allerdings verzichtet, da das im ISSP zur Verfügung stehende Maß für die politische Orientierung dazu nicht geeignet erscheint (siehe unten).

[9] Die präsentierten Zahlen sollten möglichst nahe am Erhebungszeitpunkt der für die folgenden Analysen genutzten Umfragen (dem Jahr 2004) liegen. Die damalige Lage sollte die Stimmungen in der Bevölkerung und somit deren Einstellung beeinflussen.

Erwartungshaltung an den Wohlfahrtsstaat und (c) die wirtschaftliche Lage einer Nation zu sein.

In Zentraleuropa basierte beispielsweise das politische System in der Vergangenheit weitestgehend auf interpersonellem Vertrauen (Beinstein et al. 2006; Sterbling 2003). Da bisherige Erfahrungen und Lebensumstände die Ausbildung von Vertrauen wesentlich prägen (Fuchs et al. 2002; Gabriel et al. 2002; Luhmann 1973), ist es vorstellbar, dass in Ungarn oder Tschechien das Fehlen einer grundlegenden Verbindung zwischen der Bevölkerung und ihrer politischen Elite stärker ausgeprägt ist als zum Beispiel den USA (Agh 1994). Kaina (2004) nimmt zudem an, dass das Vertrauen in Politiker/innen durch die Personalisierung der Politik umso größere Bedeutung erhält, je geringer die demokratische Tradition in einem Land ist.

Ein weiteres Argument für die Begründung von Länderunterschieden lässt sich im Hinblick auf unterschiedlich ausgeprägte Mitbestimmungsmöglichkeiten formulieren: Zur demokratischen Tradition und Kultur einer Nation gehören solche Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger/innen. Die Schweiz gilt in diesem Kontext als das Musterbeispiel für direkte Demokratie. Hier fanden zwischen 1990 und 2000 115 Referenden statt. Während Österreich, Ungarn und Schweden zu den Nationen gehören, die Erfahrungen mit direktdemokratischen Instrumenten haben, existieren solche in Deutschland und der Tschechischen Republik nur ansatzweise (vgl. Batt 2006: 10-3). In den USA existieren vor allem auf kommunaler Ebene zahlreiche direktdemokratische Instrumente wie Volksabstimmungen.

Bezüglich der Erwartungshaltung an den Wohlfahrtsstaat ist zu berücksichtigen**:** Je größer Erwartungen sind, desto leichter können diese auch enttäuscht werden. In Nationen mit liberalem Wohlfahrtstaatsregime wie den USA oder Kanada ist die dem Staat zugeschriebene Verantwortlichkeit vergleichsweise gering (vgl. Mau/Verwiebe 2009: 54ff.). Dem anglo-amerikanischen Staatsverständnis entsprechend soll das Individuum Freiheiten besitzen, es ist aber auch für sich selbst verantwortlich (Haller et al. 1990: 37). Den Gegensatz dazu bilden der sozialdemokratische Wohlfahrtstaat Schweden und dessen „Dienstleistungsdemokratie“ (Amnå 2006). Das Vertrauen der Bürger/innen und die Stabilität des Systems sind hochgradig von den erbrachten sozialen Dienstleistungen abhängig. Konservative Wohlfahrtstaaten wie Deutschland oder Österreich weisen zwar durchaus beträchtliche politische Interventionen auf, reduzieren Marktungleichheiten über ihre sozialen Sicherungssysteme aber nicht so erfolgreich wie etwa Schweden (siehe auch den Gini-Index in Tabelle 1).

**Tabelle 1: Charakterisierung der acht betrachteten Nationen nach ausgewählten politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten**

| Nation | Politisch | | | | Wirtschaftlich | | | | | | Wohlfahrts-staatsregime |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Politisches System | Demokratische Tradition | zentralistisch vs. föderalistisch | Frauenanteil im Parlament (in %) | Economic Freedom Index | Index der Heritage Foundation | World Competitiveness Yearbook | Veränderung des realen BIP (2003 auf 2004 in %) | Offizielle Arbeitslosenrate 2004 (in %) | Gini- Koeffizient (Jahr) | |
| Deutschland | Bundesrepublik seit dem Grundgesetz von 1949 | - | stark föderalistisch | 32.2 (24.6) | 1.0 | 1.96 | 67.842 | 7.5 | 9.3 | 28.3 (2000) | konservativ |
| Österreich | Bundesrepublik seit 1945; Verfassung von 1920 | - | gemäßigt föderalistisch | 33.9 (21.0) | 2.0 | 1.95 | 74.328 | 7.7 | 5.6 | 29.1 (2004) | konservativ |
| Schweiz | Bundesstaat seit 1848; stark direkt-demokratisch | + | stark föderalistisch | 25.0 (23.9) | 1.7 | 1.89 | 82.534 | 8.2 | 4.2 | 33.7 (2000) | tendenziell liberal |
| Schweden | Konstitutionelle Monarchie; parlamentarisches Regierungssystem seit 1809 | + | zentralistisch | 45.3 | 3.0 | 1.96 | 76.261 | 7.3 | 5.5 | 25.0 (2000) | sozial-demokratisch |
| Tschechische Republik | Republik seit der Verfassung von 1993 | - | zentralistisch | 17.0 (12.3) | 4.0 | 2.10 | 60.131 | 6.8 | 8.3 | 25.8 (2005) | post-sozialistisch |
| Ungarn | Republik seit 1918; Verfassung von 1949 | - | zentralistisch | 9.8 | 4.0 | 2.44 | 59.867 | 7.4 | 6.2 | 26.9 (2002) | post-sozialistisch |
| Kanada | Parlamentarische Monarchie d. brit. Commonwealth; Verfassung von 1982 | + | stark föderalistisch | 20.6 (32.4) | 2.8 | 1.85 | 82.648 | 8.0 | 7.2 | 32.6 (2000) | liberal |
| USA | Präsidialrepublik; Verfassung von 1787 | + | stark föderalistisch | 14.3 (13.0) | 4.4 | 1.84 | 100.000 | 8.2 | 5.5 | 40.8 (2000) | liberal |

**Anmerkungen:**

Demokratische Tradition: + Nation im 20. Jahrhundert stets Demokratie; - zeitweise Diktatur bzw. Einparteiensystem.
Anteil der Frauen im Parlament: Die Prozentangaben beziehen sich auf das einzige Parlament bzw. das Bundesparlament (Bundestag), die Angaben in Klammer auf die Länderkammer (Bundesrat) (Stand mit 30.01.2004).
Economic Freedom of the World Project – Annual report 2005: Indexzahl von 2003, wobei 10 am meisten und 0 am wenigsten Freiheit bedeutet.
Index der Heritage Foundation: Economic Freedom Categories, wobei 1 am meisten und 5 am wenigsten Freiheit bedeutet.
World Competitiveness Scoreboard 2005: Der Index basiert auf 312 Kriterien zur Wettbewerbsfähigkeit, wobei ca. zwei Drittel statistische Kennzahlen und ca. ein Drittel Survey-Daten darstellen. (siehe http://www.imd.ch/research/centers/wcc/world_competitiveness_yearbook.cfm) (USA=100%).
Arbeitslosenrate: Arbeitslose mal einhundert durch Erwerbsbevölkerung. Die Definitionen können zwischen den Ländern allerdings variieren. Zu den Unterschieden siehe http://www.oecd.org/eco/sources-and-methods.
Der Ginikoeffizient ist eine Maßzahl für die Ungleichheit einer Verteilung. Der Wert 0 bedeutet totale Gleichheit, der Wert 100 totale Ungleichheit. Die hier dargestellte Zahl basiert auf dem Konsum. (siehe Human Development Report 2005, 2007/08, 2009).
Wohlfahrtsstaatsregime: Weiterentwicklung der Typologie von Esping-Andersen; Quelle der Darstellung: Mau/Verwiebe (2009: 54 ff.).

**Quellen:** Deutscher Taschenbuchverlag (2003), Mau/Verwiebe (2009), OECD (2005), United Nations Development Programme (2005; 2008; 2009), IMD International (www.imd.ch/wcy), Heritage Foundation (www.heritage.org/research/features/index/countries.cfm), Interparlamentary Union (http://www.ipu.org/wmn-e/arc/classif300104.htm), The Fraser Institute (www.freetheworld.com).

In den postsozialistischen Wohlfahrtsstaaten hat der Staat als Reformer inklusive freier Marktwirtschaft große Erwartungen geweckt, die in diesem Ausmaß kaum erfüllt werden konnten.

Schließlich sind auch wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Demokratie relevant, da Wahrnehmungen der wirtschaftlichen Entwicklung die Orientierungen der Bevölkerung gegenüber politischen Autoritäten stark beeinflussen können (Kaina 2004: 533). Eine positivere Einschätzung der allgemeinen und der eigenen wirtschaftlichen Lage bedingt auch höhere Demokratiezufriedenheit (Eith 2005: 16). Aus Tabelle 1 geht hervor, dass Deutschland - nicht zuletzt aufgrund der Wiedervereinigung - einen Sonderfall darstellt, da es in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit nahe an den wirtschaftlich entwickelteren Nationen liegt, während es im Jahr 2004 hohe Arbeitslosigkeit und geringes Wirtschaftswachstum aufweist. Die letzten beiden Merkmale vereint sonst keine der betrachteten Staaten. Nationen mit ähnlich hoher Arbeitslosigkeit wie die Tschechische Republik weisen deutlich höhere Wachstumsraten aus. Um die besonderen Gegebenheiten Deutschlands – auch im Hinblick auf die demokratische Tradition – zu berücksichtigen, wird den Analysen zwischen den alten und neuen Ländern der Bundesrepublik unterschieden.

## 5. Daten und Analysestrategie

### *5.1. Datengrundlage*

Es wurden Daten des ISSP (International Social Survey Programme) verwendet. Das ISSP ist ein internationaler Verbund von Forschungsinstituten aus über 40 Nationen (siehe http://www.issp.org). Jährlich wird in allen teilnehmenden Nationen eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durchgeführt (jeweils ca. 1.000 befragte Personen). Der Fragebogen des Jahres 2004 behandelte erstmals das Thema „Citizenship". Er umfasst Bewertungen verschiedenster Eigenschaften von StaatsbürgerInnen, Partizipationsgewohnheiten, Einstellungen zu demokratischen Rechten und die im vorliegenden Aufsatz verwendeten Items zur Demokratie, ihren Institutionen und PolitikerInnen. In Summe nahmen Institute aus 38 Nationen am ISSP 2004 teil. Herangezogen werden die Daten der acht oben bereits angesprochenen Nationen.[10]

### *5.2. Methodik*

Das in Abbildung 1 skizzierte Modell wurde anhand eines Strukturgleichungsmodells mit der Software Amos 16.0 (Arbuckle 2007) überprüft.[11] Die Schätzungen basieren auf der Kovarianzmatrix. Um das Problem des Umgangs mit fehlenden Werten zu lösen, wurde auch eine Mittelwertstruktur geschätzt. Zu diesem Zweck wurde die FIML-Schätzung (full information maximum likelihood) angewandt. Um die verschiedenen Nationen entsprechend zu berücksichtigen, wurde ein Multi-Gruppen-Modell spezifiziert, in dem grundsätzlich jede Nation als eine Gruppe aufgefasst wurde. Die Ausnahme bildet Deutschland, da in diesem Fall zwischen den neuen und alten Bundesländern unterschieden wurde. Ost- und Westdeutschland bildeten jeweils eine eigene Gruppe.

Die Dimensionen des Vertrauens wurden als latente Konstrukte modelliert (mehr dazu unten). Um die latenten Konstrukte zu skalieren, wurde der unstandardisierte Wert der jeweils ersten Faktorladung eines Konstruktes auf 1 gesetzt. Um sicherzustellen, dass in allen Nationen dasselbe gemessen wird, war ein Eingriff in das Modell notwendig. Da die

[10] Für Informationen zu Methodik und Durchführung des ISSP 2004 siehe Scholz und KollegInnen (2005; 2008).
[11] Schwarze Pfeile in Abbildung 1 verdeutlichen einzelne Pfade. Blaue Pfeile stehen dafür, dass von jeder Variable innerhalb eines Blocks ein Pfad zu jeder Variable eines anderen Blocks berücksichtigt wird. In das Modell integrierte Korrelationen zwischen den Fehlertermen der Konstrukte zu den Dimensionen des Vertrauens werden hier nicht dargestellt oder besprochen.

Indikatoren der Konstrukte in allen Nationen mit demselben Gewicht in den jeweiligen Faktor eingehen sollten, wurden die unstandardisierten Werte der Faktorladungen über die unterschiedenen Gruppen hinweg gleichgesetzt. Zwar unterscheidet sich das aus inhaltlichen Gründen derart beschränkte Modell signifikant vom frei geschätzten Modell ($Chi^2 = 159.30$, $df = 32$, $p < .001$), doch unterscheidet sich der Fit beider Modellvarianten kaum voneinander (freies Modell: $Chi^2/df = 2.58$, CFI = .98, TLI = .94, RMSEA = .01; beschränktes Modell: $Chi^2/df = 2.79$, CFI = .97, TLI = .93, RMSEA = .01).

### *5.3. Variablen*

*Demographische bzw. sozialstrukturelle Variablen*

Das *Geschlecht* der befragten Personen wurde 0/1-kodiert (0 männlich, 1 weiblich) und deren *Alter* in Jahren in das Modell einbezogen. Der höchste abgeschlossene *Bildungslevel* wurde in nationalen Bildungskategorien erhoben und dann zum Zwecke der Vergleichbarkeit in eine sechsstufige Skala übertragen (0 keine Ausbildung, 5 Hochschulabschluss). Das *Markteinkommen* wurde in der jeweiligen Landeswährung erhoben. Personen, die kein Markteinkommen beziehen, wie etwa Arbeitslose, erhielten den Wert Null. Da die Variable Markteinkommen bei Schiefe und Kurtosis in einigen Nationen sehr hohe Werte aufwies, wurde diese separat für jede Nation z-transformiert, bevor sie in die Berechnungen einging.

Zur Erfassung der *subjektiven Einschätzung der gesellschaftlichen Position* wurden die Befragten darum gebeten, auf einer zehnstufigen Skala zu beurteilen, wo sie sich selbst in der Gesellschaft einordnen (1 unten bis 10 oben). Die *politische Orientierung* wird indirekt über die Präferenz für Parteien ermittelt. In jedem Land wurde gefragt, welche Partei bei den letzten Wahlen gewählt wurde. Nichtwähler/innen konnten diese Frage nicht beantworten. Aus den Antworten wurde dann zum Zwecke des internationalen Vergleichs eine fünfstufige Skala konstruiert (1 links, 5 rechts).

*Dimensionen des Vertrauens*

Die Messung von Vertrauen ist schwieriger als die Erfassung demographischer und sozialstruktureller Variablen. Denn obwohl Vertrauen essentiell ist, um Kooperation zu sichern (Jones 2001: 15917), bleibt es eine „Wette“ auf zukünftige, kontingente Handlungen anderer (Sztompka 2001: 15913) und betrifft vielmehr eine soziale Beziehung als den einzelnen Akteur; es ist soziale Konstruktion und keine „objektive“ Qualität von Sozial-

beziehungen (Fuhse 2002: 418). Bei Vertrauen geht es um Vertrauenswürdigkeit, um die Fragwürdigkeit des Vertrauens, um Unsicherheit und Unabwägbarkeit. Insofern ist Vertrauen auch nicht einfach zu messen. Die herangezogenen Items können nur als grobe Indikatoren für die jeweils zu erfassenden Größen angesehen werden.

Die unterschiedenen Dimensionen des Vertrauens in die Regierung, den öffentlichen Dienst, das Wahlsystem und die Demokratie im Allgemeinen wurden jeweils als Faktor aus zwei Items konstruiert (für das exakte Item-Wording siehe Tabelle 2). Oben wurde bereits festgehalten, dass die unstandardisierten Werte der Faktorladungen im berechneten Strukturgleichungsmodell über die unterschiedenen nationalen Gruppen hinweg gleichgesetzt wurden, da die Indikatoren der Konstrukte in allen Nationen mit demselben Gewicht in den jeweiligen Faktor eingehen sollten. Im Zusammenhang damit ist zur Messung der Dimensionen des Vertrauens anzumerken, dass nicht sämtliche Faktorladungen in allen Ländern als gut anzusehen sind. Während sich beim Vertrauen in die Regierung und in das Funktionieren der Demokratie in allen Gruppen akzeptable Werte für die standardisierten Koeffizienten (über .60) bis sehr gute Werte (über .90) zeigen, weisen die Faktorladungen für das Maß des Vertrauens in den öffentlichen Dienst in den USA und das Maß des Vertrauens in das Wahlsystem in den USA, Österreich, Schweden und der Schweiz teilweise nicht zufriedenstellende Werte aus. Problematisch ist dies insbesondere beim Vertrauen in das Wahlsystem in Schweden und der Schweiz, wo sich jeweils bei einem Item ein Wert unter .50 zeigt. Für eine separate Untersuchung einer Nation wäre dies nicht akzeptabel. Da hier allerdings ein internationaler Vergleich vorgenommen werden soll, wird diese Schwäche aus inhaltlichen Gründen hingenommen.

## 6. Ergebnisdarstellung und Interpretation

### *6.1. Deskriptive Befunde*

Tabelle 2 zeigt nicht nur die zur Erfassung der unterschiedenen Dimensionen des Vertrauens jeweils herangezogenen Items, sondern auch deren durchschnittliche Ausprägung in den behandelten Nationen.[12]

*Vertrauen in den öffentlichen Dienst*: Am geringsten ist das Vertrauen in den öffentlichen Dienst in der Tschechischen Republik. Das zeigt sich sowohl bei der Einschätzung, inwiefern der öffentliche Dienst dem Wohl der Bürger/innen verpflichtet ist, als auch bei der Frage, ob gemachte Fehler korrigiert werden. Am stärksten ist das Vertrauen in Österreich und der Schweiz. Aber auch in den USA und in Kanada wird dem öffentlichen Dienst recht starkes Vertrauen geschenkt.

*Vertrauen ins System der Wahlen*: Beim Vertrauen in das Wahlsystem erweist sich die USA als Sonderfall. Während die Korrektheit der Wahlergebnisse angezweifelt wird, herrscht großes Vertrauen in die Fairness des Wahlkampfes. Dieser Unterschied dürfte auf die Ereignisse des Präsidentschaftswahlkampfes Gore/Bush einschließlich der widersprüchlichen Meldungen des Wahlsiegers und die Probleme mit veralteten Zählgeräten zurückzuführen sein. Generell ist festzustellen, dass insbesondere Österreich und die Schweiz hohe Werte beim Vertrauen in das Wahlsystem aufweisen, während sich vor allem für die Tschechische Republik, aber auch für Ungarn und Ost- wie Westdeutschland im Nationenvergleich geringeres Vertrauen in das System zeigt.

*Vertrauen in die Regierung*: Die Nationen mit kommunistischer Vergangenheit, Ostdeutschland, Tschechien und Ungarn zeigen die geringsten Werte beim Vertrauen in regierende Politiker/innen. Auch Österreich weist diesbezüglich vergleichsweise geringe Werte auf. Westdeutschland, Kanada und Schweden zeigen bereits stärkeres Vertrauen. Am größten ist das Vertrauen in die Politiker/innen in den USA und der Schweiz, die im Nationenvergleich die meisten direktdemokratischen Elemente kennzeichnen.

[12] Die Besprechung der Ergebnisse berücksichtigt auch die Resultate von Post-hoc Mehrfachvergleichen, die aus Raumgründen hier nicht detailliert abgebildet werden können.

**Tabelle 2: Mittelwertvergleiche über 8 Nationen bezüglich des Vertrauens in den öffentlichen Dienst, das System der Wahlen, die Regierenden und das Funktionieren der Demokratie**

| Dimensionen des Vertrauens (höhere Werte stehen für stärkeres Vertrauen) | West-deutschland | | Ost-deutschland | | Österreich | | Schweiz | | Schweden | | Tsche-chien | | Ungarn | | Kanada | | USA | | Welch-Test | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | M | SD | M | SD | M | SD | M | SD | M | SD | M | SD | M | SD | M | SD | M | SD | F | df1 | df2 | p |
| **Vertrauen in den öffentlichen Dienst** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Inwieweit fühlt sich der öffentliche Dienst in [Nation] dem Wohl der Bürger verpflichtet? (1 überhaupt nicht verpflichtet, 4 sehr verpflichtet) | 2.69 | .71 | 2.58 | .75 | 2.94 | .64 | 2.82 | .67 | 2.58 | .74 | 2.00 | .68 | 2.62 | .66 | 2.77 | .70 | 2.82 | .69 | 190.79 | 8 | 3176.31 | < .001 |
| Wenn im öffentlichen Dienst in [Nation] größere Fehler gemacht werden, wie wahrscheinlich ist es Ihrer Meinung nach, dass sie korrigiert werden? (*1 überhaupt nicht wahrscheinlich, 4 sehr wahrscheinlich)* | 2.39 | .71 | 2.29 | .75 | 2.60 | .73 | 2.61 | .79 | 2.41 | .74 | 2.04 | .72 | 2.43 | .717 | 2.53 | .76 | 2.48 | .79 | 61.52 | 8 | 3182.77 | < .001 |
| **Vertrauen ins System (Wahlen)** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Wie korrekt waren die Auszählung der abgegebenen Stimmen und die Mitteilung des amtlichen Endergebnisses? (1 überhaupt nicht korrekt, 5 sehr korrekt) | 4.19 | .88 | 4.03 | .94 | 4.35 | .72 | 4.40 | .75 | 4.37 | .77 | 3.65 | .91 | 3.96 | 1.07 | 4.20 | .86 | 2.83 | 1.39 | 235.79 | 8 | 2580.64 | < .001 |
| Wie fair war die letzte Wahl hinsichtlich der Chancen von Kandidaten und Parteien im Wahlkampf? (1 sehr unfair, 5 sehr fair) | 3.60 | .78 | 3.49 | .83 | 3.79 | .77 | 3.67 | .96 | 3.61 | 1.00 | 3.34 | .94 | 3.60 | 1.09 | 3.95 | .98 | 3.88 | 1.14 | 38.58 | 8 | 2624.97 | < .001 |
| **Vertrauen in die Regierung** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Menschen wie ich haben nichts zu sagen bei dem, was die Regierung macht (1 stimme voll und ganz zu, 5 stimme überhaupt nicht zu). | 2.53 | 1.25 | 2.15 | 1.15 | 2.35 | 1.23 | 3.17 | 1.18 | 2.66 | 1.16 | 2.10 | 1.13 | 2.20 | 1.14 | 2.55 | 1.20 | 3.09 | 1.25 | 118.71 | 8 | 3405.48 | < .001 |
| Die Regierung kümmert sich nicht viel darum, was Menschen wie ich denken (1 stimme voll und ganz zu, 5 stimme überhaupt nicht zu). | 2.26 | 1.09 | 1.90 | 1.01 | 2.19 | 1.10 | 2.89 | 1.08 | 2.64 | 1.11 | 2.14 | 1.11 | 2.23 | 1.07 | 2.45 | 1.13 | 2.82 | 1.18 | 86.71 | 8 | 3416.30 | < .001 |
| **Vertrauen ins Funktionieren der Demokratie** | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Wie gut funktioniert die Demokratie heute in [Nation]? (0 sehr schlecht, 10 sehr gut). | 5.99 | 2.10 | 4.85 | 2.13 | 7.03 | 2.14 | 6.88 | 1.70 | 6.38 | 2.32 | 5.30 | 2.19 | 4.95 | 1.94 | 6.78 | 2.14 | 6.58 | 2.29 | 152.56 | 8 | 3329.42 | < .001 |
| Und wie wird das in 10 Jahren sein? Wie gut wird die Demokratie in [Nation] dann funktionieren? (0 sehr schlecht, 10 sehr gut). | 5.29 | 2.56 | 4.28 | 2.61 | 6.44 | 2.64 | 6.21 | 2.08 | 5.72 | 2.75 | 5.85 | 2.45 | 6.33 | 2.33 | 6.48 | 2.42 | 6.11 | 2.72 | 36.60 | 8 | 2701.86 | < .001 |
| min. N - max. N (Unterschied aufgrund fehlender Werte) | 606 - 857 | | 260 - 421 | | 672 - 974 | | 902 - 1060 | | 1039 - 1247 | | 1094 - 1306 | | 751 - 1013 | | 1006 - 1187 | | 1369 - 1466 | | 7919 - 9512 | | | |

*Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie*: Geringes Vertrauen in das gegenwärtige Funktionieren der Demokratie zeigt sich wiederum in den ehemals kommunistischen Ländern Ostdeutschland, Ungarn und der Tschechischen Republik. Aber auch Westdeutschland weist hier vergleichsweise geringes Vertrauen aus. In Ost- und Westdeutschland zeigen sich auch beim Vertrauen in das zukünftige Funktionieren der Demokratie geringe Werte, während diesbezüglich Ungarn unter den Nationen mit dem stärksten Vertrauen liegt. Die Wiedervereinigung Deutschlands scheint möglicherweise im Jahr 2004 – in Zeiten recht hoher Arbeitslosigkeit und der Hartz-Reformen – noch Spuren in den Köpfen der Menschen zu hinterlassen. Vergleichsweise starkes Vertrauen in das gegenwärtige wie das zukünftige Funktionieren der Demokratie zeigen Österreich, die Schweiz, die USA und Kanada.

In Summe stützen die Befunde insbesondere die Annahme, dass die demokratische Tradition eine Rolle für das Vertrauen in den öffentlichen Dienst, das System der Wahlen, die Regierenden und das Funktionieren der Demokratie spielt. Die ehemals kommunistischen Nationen weisen im Vergleich durchgehend geringe Vertrauensniveaus auf. Erfahrungen und Lebensumstände prägen die Ausbildung von Vertrauen. Der neue Staat und die Einführung einer freien Marktwirtschaft weckten in Osteuropa Erwartungen, die in diesem Ausmaß nicht erfüllt werden konnten. Auch im Unterschied zwischen den alten und neuen Ländern der Bundesrepublik spiegeln sich hohe, zum Teil enttäuschte Erwartungen ebenso wie wirtschaftliche Probleme (siehe auch Pollack 2004b).

## 7. Ergebnisse des Strukturgleichungsmodells

Im berechneten Strukturgleichungsmodell konnten zwischen 5% (Tschechische Republik) und 34% (USA) des Vertrauens in das Wahlsystem (Median: 12%), zwischen 2% (Kanada) und 9% (USA) des Vertrauens in den öffentlichen Dienst (Median: 3%), zwischen 7% (Tschechische Republik) und 22% (Ostdeutschland) des Vertrauens in die Regierung (Median: 14%) und zwischen 28% (Ungarn) und 54% (Schweden) des Vertrauens in das Funktionieren der Demokratie (Median: 37%) erklärt werden. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Strukturpfade des Modells berichtet. Tabelle 3 gibt direkte Effekte wider. Tabelle 4 zeigt die Summe der indirekten Effekte sowie die totalen Effekte (Summe aus direkten und indirekten Effekten). In der Folge werden zunächst generelle

Befunde zusammengefasst, bevor auf Unterschiede zwischen den Nationen eingegangen wird.

*Geschlecht und Alter:* Die totalen Effekte des Geschlechts auf die Vertrauensvariablen zeigen, dass Frauen weniger Vertrauen in Wahlsystem, öffentlichen Dienst und Regierende haben. Vereinzelt finden sich direkte Effekte des Geschlechts auf die Dimensionen des Vertrauens. Es ist zu bedenken, dass Frauen auch weniger stark in höheren politischen Positionen vertreten sind. Wesentlich erscheint zudem die Verknüpfung des Geschlechts mit sozialstrukturellen Variablen. Das Geschlecht wirkt sich in sämtlichen Nationen auf das Markteinkommen aus. Frauen verdienen weniger als Männer. In vielen Ländern weisen Frauen auch ein geringeres Bildungsniveau auf. Geringeres Markteinkommen und geringere Bildung führen wiederum zu einer geringeren Einstufung der eigenen gesellschaftlichen Position. Und eine geringere gesellschaftliche Position geht mit geringeren Vertrauensniveaus einher. Obwohl einzelne indirekte Effekte nicht für alle Länder signifikant sind, zeigt sich für alle einbezogenen Nationen im Wesentlichen das folgende Muster: Frauen weisen sozialstrukturelle Nachteile auf, die zu geringerem Vertrauen führen.[13]

Zunehmendes Alter wirkt sich im Großteil der Nationen positiv auf das Vertrauen in das Wahlsystem, aber häufig negativ auf das Vertrauen in die Regierung und das Funktionieren der Demokratie aus. Insofern kann nicht von einer besonderen Politikverdrossenheit der Jugend und einer stärkeren Ablehnung der Demokratie durch jüngere Bürger/innen ausgegangen werden (siehe auch Gaiser et al. 2000; Kozeluh et al. 2006; Mahrer 2005). Die vorliegenden Ergebnisse verweisen vielmehr auf die große Rolle, die Erfahrung für die Vertrauensbildung spielt (Fuchs et al. 2002; Gabriel et al. 2002; Luhmann 1973). Ältere Personen, die über Erfahrungen verfügen, die jüngeren Personen fehlen, scheinen das System der Wahl und deren Durchführung positiver zu betrachten, während sie das Handeln der Regierenden und das Funktionieren der Demokratie negativer beurteilen. Auch bei den Effekten des Alters zeigen sich keine systematischen Unterschiede zwischen den betrachteten acht Nationen.[14]

[13] In der Schweiz ergibt sich ein indirekter Effekt etwa nur über Bildung, nicht aber über das Einkommen. In der Tschechischen Republik wird diese Aussage nur für das Vertrauen in das Wahlsystem bestätigt. Trotz dieser und weiterer Einschränkungen ergibt sich ein recht klarer Gesamteindruck.

[14] Es sind lediglich zwei Ausnahmen vom festgestellten Muster auszumachen: Für Schweden ergibt sich ein negativer Effekt des Alters auf das Vertrauen in das Wahlsystem und für Kanada ein positiver Effekt des Alters auf das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie.

*Bildung, Einkommen und gesellschaftliche Position:* Höhere Bildung geht in der Regel mit stärkerem Vertrauen in das System der Wahlen, den öffentlichen Dienst und die Regierung einher. Im Gegensatz zum Bildungsniveau zeigt das Einkommen kaum direkte Effekte auf die unterschiedenen Dimensionen des Vertrauens. Allerdings ergeben sich indirekte Effekte über die Einstufung der eigenen gesellschaftlichen Position. Neben direkten Effekten zeigen sich bezüglich des Bildungsniveaus daher zwei indirekte Effekte auf das Vertrauen: (1) über die Einstufung der eigenen gesellschaftlichen Position, (2) über das Markteinkommen und die Einstufung der eigenen gesellschaftlichen Position. Höhere Bildung führt zu größerem Markteinkommen, und beide, höhere Bildung und größeres Einkommen führen wiederum zu einer höheren Einstufung der eigenen gesellschaftlichen Position, die wiederum mit größeren Vertrauensniveaus einhergeht. Diese Befunde bestätigen also die Ergebnisse bisheriger Arbeiten (Amnå 2006; Hadler 2006). Jene Personen, die sich im System zurechtfinden und sozial angesehener sein dürften, zeigen höheres Vertrauen in das System und dessen Vertreter/innen.

**Tabelle 3: Standardisierte direkte Effekte des Strukturgleichungsmodells** (*** p < .001, ** p < .01, * p < .05)

| | West-deutschland | | Ostdeutschland | | Österreich | | Schweiz | | Schweden | | Tschechien | | Ungarn | | Kanada | | USA | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Geschlecht** (0 männl., 1 weibl.) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bildungslevel | .01 | | -.13 | ** | -.11 | *** | -.18 | *** | .05 | | -.02 | | -.03 | | -.03 | | .00 | |
| Markteinkommen | -.43 | *** | -.19 | *** | -.41 | *** | -.14 | *** | -.18 | *** | -.26 | *** | -.18 | *** | -.37 | *** | -.17 | *** |
| Gesellschaftliche Position | .02 | | .04 | | .08 | * | .02 | | -.01 | | .01 | | -.01 | | .11 | *** | -.05 | |
| Politische Orientierung | .01 | | .09 | | -.02 | | -.12 | ** | -.05 | | .09 | * | -.06 | | .10 | ** | -.06 | * |
| Vertr. System (Wahlen) | -.12 | * | .01 | | -.02 | | -.17 | *** | -.10 | * | -.02 | | .00 | | -.09 | * | -.04 | |
| Vertr. öff. Dienst | -.02 | | -.05 | | .03 | | -.05 | | -.05 | | -.00 | | -.02 | | .07 | | -.03 | |
| Vertr. Regierung | -.01 | | .01 | | -.07 | | -.01 | | .01 | | -.08 | * | -.01 | | .01 | | .02 | |
| Vertr. Fkt. Demokratie | -.05 | | -.16 | *** | -.05 | | -.03 | | .03 | | -.01 | | .05 | | .01 | | -.04 | |
| **Alter** (in Jahren) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bildungslevel | -.17 | *** | -.17 | *** | -.15 | *** | -.11 | *** | -.28 | *** | -.14 | *** | -.31 | *** | -.25 | *** | -.10 | *** |
| Markteinkommen | .17 | *** | .18 | *** | .14 | *** | .03 | | .12 | *** | .07 | * | .20 | *** | -.09 | ** | .02 | |
| Gesellschaftliche Position | -.00 | | -.04 | | -.07 | * | -.02 | | .00 | | -.23 | *** | -.07 | * | .12 | *** | .13 | *** |
| Politische Orientierung | .14 | *** | -.15 | * | .04 | | .19 | *** | .06 | * | -.22 | *** | -.17 | *** | .11 | ** | .01 | |
| Vertr. System (Wahlen) | .17 | *** | .15 | * | .16 | *** | .12 | ** | -.01 | | .15 | *** | -.03 | | .06 | | .10 | ** |
| Vertr. öff. Dienst | -.04 | | -.06 | | .02 | | .05 | | .11 | ** | .09 | * | .10 | * | .11 | ** | -.06 | |
| Vertr. Regierung | -.10 | ** | -.18 | *** | -.10 | ** | .01 | | -.08 | ** | .03 | | -.04 | | .06 | | .00 | |
| Vertr. Fkt. Demokratie | .00 | | -.03 | | -.13 | *** | -.08 | * | -.08 | ** | -.07 | * | -.05 | | .04 | | .03 | |
| **Bildungslevel** (niedrig - hoch) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Markteinkommen | .37 | *** | .39 | *** | .28 | *** | .21 | *** | .23 | *** | .31 | *** | .45 | *** | .35 | *** | .19 | *** |
| Gesellschaftliche Position | .26 | *** | .14 | ** | .28 | *** | .36 | *** | .19 | *** | .32 | *** | .31 | *** | .26 | *** | .15 | *** |
| Politische Orientierung | -.13 | ** | -.25 | *** | -.22 | *** | -.16 | *** | .14 | *** | .14 | ** | -.02 | | .01 | | .03 | |
| Vertr. System (Wahlen) | .17 | ** | -.01 | | .23 | *** | .16 | ** | .21 | *** | .10 | ** | .03 | | .18 | *** | .17 | *** |
| Vertr. öff. Dienst | -.12 | * | -.05 | | .07 | | -.04 | | .16 | *** | .01 | | -.01 | | .05 | | .12 | ** |
| Vertr. Regierung | .14 | ** | .15 | ** | .23 | *** | .17 | *** | .27 | *** | .07 | | .17 | *** | .20 | *** | .32 | *** |
| Vertr. Fkt. Demokratie | .04 | | -.06 | | -.07 | | .05 | | -.06 | * | -.01 | | .02 | | .04 | | .07 | * |
| **Markteinkommen** (keines und ansteigend) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Gesellschaftliche Position | .22 | *** | .25 | *** | .20 | *** | .05 | | .12 | *** | .24 | *** | .15 | *** | .31 | *** | .07 | * |
| Politische Orientierung | .03 | | .14 | | .02 | | .09 | * | .05 | | .09 | * | .00 | | .09 | | .06 | * |
| Vertr. System (Wahlen) | .11 | | .11 | | .15 | * | -.04 | | .08 | | -.02 | | -.02 | | .09 | | .02 | |
| Vertr. öff. Dienst | -.06 | | -.00 | | .03 | | -.04 | | -.01 | | -.01 | | .02 | | .07 | | .04 | |
| Vertr. Regierung | .03 | | .08 | | -.05 | | .02 | | .01 | | .02 | | .11 | ** | .10 | * | .04 | |

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Vertr. Fkt. Demokratie | -.07 | | .04 | | -.06 | | -.03 | | .00 | | .04 | | -.01 | | -.05 | | -.07 | * |
| **Gesellschaftliche Position** (niedrig - hoch) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Linksrechts | .13 | ** | .06 | | .07 | | .12 | * | .10 | ** | .11 | * | -.01 | | .08 | * | .03 | |
| Vertr. System (Wahlen) | .06 | | .21 | ** | .04 | | .14 | ** | .14 | *** | .14 | *** | .02 | | -.02 | | .09 | * |
| Vertr. öff. Dienst | .07 | | .14 | * | .10 | * | .14 | ** | .13 | *** | .11 | * | .15 | *** | -.08 | | .19 | *** |
| Vertr. Regierung | .28 | *** | .32 | *** | .20 | *** | .22 | *** | .16 | *** | .18 | *** | .17 | *** | .11 | ** | .08 | ** |
| Vertr. Fkt. Demokratie | .17 | *** | .03 | | .09 | * | .09 | ** | .09 | *** | .07 | * | .16 | *** | .03 | | .06 | |
| **Politische Orientierung** (links – rechts) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Vertr. System (Wahlen) | -.14 | * | .07 | | .09 | | .09 | | -.17 | *** | .05 | | -.55 | *** | .17 | *** | .51 | *** |
| Vertr. öff. Dienst | -.07 | | -.14 | | .04 | | .07 | | -.09 | * | .11 | | -.18 | *** | -.08 | | .14 | *** |
| Vertr. Regierung | -.13 | ** | -.00 | | .05 | | .03 | | -.14 | *** | .06 | | -.12 | ** | -.05 | | .12 | *** |
| Vertr. Fkt. Demokratie | .00 | | .09 | | .03 | | .00 | | .00 | | .05 | | .13 | * | .00 | | -.01 | |
| **Vertr. System (Wahlen)** (ansteigend) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Vertr. Fkt. Demokratie | .47 | *** | .31 | *** | .37 | *** | .27 | *** | .42 | *** | .27 | *** | .27 | *** | .31 | *** | .26 | * |
| **Vertr. öff. Dienst** (ansteigend) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Vertr. Fkt. Demokratie | .19 | *** | .34 | *** | .13 | * | .36 | *** | .28 | *** | .32 | *** | .27 | *** | .29 | *** | .33 | ** |
| **Vertr. Regierung** (ansteigend) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Vertr. Fkt. Demokratie | .03 | | .50 | ** | .23 | *** | .16 | *** | .12 | ** | .12 | ** | .15 | *** | .17 | *** | .07 | |
| N | 857 | | 421 | | 974 | | 1060 | | 1247 | | 1306 | | 1013 | | 1187 | | 1466 | |

**Tabelle 4: Standardisierte indirekte und totale Effekte des Strukturgleichungsmodells**

| | Westdeutsch-land | | Ostdeutsch-land | | Österreich | | Schweiz | | Schweden | | Tschechien | | Ungarn | | Kanada | | USA | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | tot. | indir. | tot. | indir. | tot. | indir. | tot. | indir. | tot. | indir. | tot. | indir. | tot. | indir. | tot. | indir. | tot. | indir. |
| **Geschlecht** (0 männl., 1 weibl.) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Vertr. System (Wahlen) | **-.17** | -.05 | **-.02** | -.03 | **-.11** | -.09 | **-.21** | -.04 | **-.09** | .00 | **-.02** | -.00 | **.04** | .04 | **-.12** | -.03 | **-.09** | -.05 |
| Vertr. öff. Dienst | **.00** | .02 | **-.06** | -.01 | **.01** | -.03 | **-.05** | .00 | **-.04** | .01 | **-.00** | .00 | **-.02** | .00 | **.05** | -.03 | **-.06** | -.03 |
| Vertr. Regierung | **-.04** | -.03 | **-.04** | -.05 | **-.08** | -.01 | **-.06** | -.05 | **.02** | .02 | **-.09** | -.02 | **-.04** | -.03 | **-.04** | -.05 | **.00** | -.02 |
| Vertr. Fkt. Demokratie | **-.11** | -.07 | **-.19** | -.03 | **-.08** | -.03 | **-.13** | -.10 | **-.02** | -.05 | **-.04** | -.03 | **.04** | -.01 | **-.00** | -.01 | **-.07** | -.03 |
| **Alter** (in Jahren) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Vertr. System (Wahlen) | **.13** | -.04 | **.16** | .00 | **.14** | -.02 | **.11** | -.01 | **-.08** | -.06 | **.08** | -.07 | **.05** | .08 | **.01** | -.05 | **.10** | .00 |
| Vertr. öff. Dienst | **-.04** | -.00 | **-.04** | .02 | **.01** | -.01 | **.06** | .01 | **.06** | -.05 | **.03** | -.06 | **.11** | .01 | **.08** | -.03 | **-.05** | .01 |
| Vertr. Regierung | **-.15** | -.05 | **-.21** | -.03 | **-.15** | -.05 | **-.01** | -.03 | **-.17** | -.08 | **-.04** | -.07 | **-.09** | -.05 | **-.02** | -.07 | **-.02** | -.02 |
| Vertr. Fkt. Demokratie | **.03** | .03 | **-.04** | -.00 | **-.11** | .02 | **-.04** | .04 | **-.10** | -.02 | **-.07** | -.00 | **-.08** | -.02 | **.07** | .03 | **.04** | .01 |
| **Bildungslevel** (niedrig - hoch) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Vertr. System (Wahlen) | **.25** | .07 | **.07** | .08 | **.27** | .04 | **.19** | .03 | **.23** | .02 | **.16** | .06 | **.05** | .02 | **.22** | .04 | **.22** | .04 |
| Vertr. öff. Dienst | **-.11** | .01 | **.01** | .06 | **.10** | .04 | **-.01** | .04 | **.17** | .01 | **.08** | .06 | **.06** | .07 | **.04** | -.01 | **.16** | .05 |
| Vertr. Regierung | **.25** | .12 | **.26** | .11 | **.27** | .05 | **.26** | .08 | **.28** | .01 | **.16** | .09 | **.29** | .12 | **.28** | .07 | **.35** | .03 |
| Vertr. Fkt. Demokratie | **.18** | .14 | **.03** | .08 | **.11** | .19 | **.17** | .12 | **.13** | .20 | **.13** | .14 | **.15** | .12 | **.16** | .12 | **.20** | .13 |
| **Markteinkommen** (keines und ansteigend) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Vertr. System (Wahlen) | **.12** | .01 | **.18** | .06 | **.16** | .01 | **-.03** | .02 | **.08** | .01 | **.02** | .04 | **-.01** | .00 | **.11** | .01 | **.06** | .04 |
| Vertr. öff. Dienst | **-.05** | .01 | **.01** | .01 | **.05** | .02 | **-.03** | .01 | **-.00** | .01 | **.03** | .04 | **.04** | .02 | **.04** | -.03 | **.06** | .02 |
| Vertr. Regierung | **.08** | .05 | **.16** | .08 | **-.00** | .04 | **.04** | .01 | **.02** | .01 | **.07** | .05 | **.14** | .03 | **.13** | .03 | **.05** | .01 |
| Vertr. Fkt. Demokratie | **.02** | .09 | **.16** | .11 | **.02** | .08 | **-.03** | -.06 | **.05** | .05 | **.09** | .05 | **.04** | .05 | **.02** | .08 | **-.03** | .04 |
| **Gesellschaftliche Position** (niedrig - hoch) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Vertr. System (Wahlen) | **.04** | -.02 | **.21** | .00 | **.04** | .01 | **.15** | .01 | **.13** | -.02 | **.14** | .01 | **.03** | .00 | **-.00** | .01 | **.11** | .02 |
| Vertr. öff. Dienst | **.06** | -.01 | **.13** | -.01 | **.11** | .00 | **.15** | .01 | **.12** | -.01 | **.12** | .01 | **.15** | .00 | **-.09** | -.01 | **.20** | .00 |
| Vertr. Regierung | **.26** | -.02 | **.32** | -.00 | **.21** | .00 | **.22** | .00 | **.15** | -.01 | **.19** | .01 | **.17** | .00 | **.11** | -.00 | **.09** | .00 |
| Vertr. Fkt. Demokratie | **.21** | .04 | **.21** | .18 | **.17** | .08 | **.22** | .13 | **.20** | .11 | **.18** | .11 | **.23** | .07 | **.02** | -.01 | **.16** | .10 |
| **Politische Orientierung** (links – rechts) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Vertr. System (Wahlen) | **-.14** | | **.07** | | **.09** | | **.09** | | **-.17** | | **.05** | | **-.55** | | **.17** | | **.51** | |
| Vertr. öff. Dienst | **-.07** | | **-.14** | | **.04** | | **.07** | | **-.09** | | **.11** | | **-.18** | | **-.08** | | **.14** | |
| Vertr. Regierung | **-.13** | | **-.00** | | **.05** | | **.03** | | **-.14** | | **.07** | | **-.12** | | **-.05** | | **.12** | |
| Vertr. Fkt. Demokratie | **-.08** | -.08 | **.06** | -.03 | **.08** | .05 | **.06** | .05 | **-.11** | -.11 | **.10** | .05 | **-.08** | -.21 | **.03** | .02 | **.18** | .19 |
| N | 857 | | 421 | | 974 | | 1060 | | 1247 | | 1306 | | 1013 | | 1187 | | 1466 | |

**Anmerkung:** Die hier dargestellten indirekten Effekte ergeben sich als Summe einzelner indirekter Effekte; totale Effekte ergeben sich als Summe der direkten und indirekten Effekte.

Es ist anzumerken, dass auch die Effekte von Bildung, Einkommen und subjektiver Einschätzung der gesellschaftlichen Position in allen betrachteten Nationen ähnlich stark sind. Bei der subjektiven Einschätzung der gesellschaftlichen Position kommt es ausschließlich zu positiven signifikanten Effekten. Für die Bildung zeigt sich eine einzige Ausnahme (Westdeutschland: Vertrauen in den öffentlichen Dienst).[15]

*Politische Orientierung:* Ob sich Personen politisch links oder rechts einordnen, beeinflusst ebenfalls ihr Vertrauen in die Demokratie. In Ostdeutschland, Österreich, der Schweiz und Tschechien zeigen sich allerdings keine signifikanten Effekte. Der Effekt auf das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie wird über die Dimensionen des Vertrauens in das Wahlsystem, den öffentlichen Dienst und die Regierung vermittelt. Während sich in den USA und zum Teil auch in Kanada positive Zusammenhänge (je weiter rechts, desto stärkeres Vertrauen) fanden, zeigten sich in Westdeutschland, Schweden und Ungarn negative Zusammenhänge (je weiter rechts, desto geringeres Vertrauen). Während in den USA im Jahr 2004 ein republikanischer Präsident im Amt war und in Kanada die Liberal Party den Regierungschef stellte, standen Deutschland, Schweden oder Ungarn unter Führung sozialdemokratischer Parteien. Übereinstimmung mit der politischen Einstellung der Regierenden führt also zu größerem Vertrauen in die Demokratie.

*Dimensionen des Vertrauens:* Die Dimensionen des Vertrauens in das Wahlsystem, den öffentlichen Dienst und die Regierung zeigen durchwegs positive Zusammenhänge mit dem Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie. Das Vertrauen in die Regierung weist mit Ausnahme Ostdeutschlands und Österreichs dabei jeweils den geringsten Einfluss auf das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie aus. Die These von Kaina (2004), dass das Vertrauen in Politiker/innen umso größere Bedeutung erhält, je geringer die demokratische Tradition in einem Land ist, wird von den vorliegenden Ergebnissen nur zum Teil gestützt. Zwar spielt das Vertrauen in die Regierung in Ostdeutschland eine sehr große Rolle; in der Tschechischen Republik und Ungarn zeigen sich aber ähnlich starke Zusammenhänge wie in der Schweiz oder in Schweden. In Westdeutschland und den USA zeigt das Vertrauen in die Regierung keinen signifikanten Effekt auf das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie. Dennoch sind auch diese Effekte tendenziell positiv. Insofern ist auch hier nicht von großen Länderunterschieden auszugehen. Die

[15] Die negativen Effekte der Bildung auf das Vertrauen ins Funktionieren der Demokratie in Schweden und des Markteinkommens auf das Vertrauen ins Funktionieren der Demokratie in den USA werden durch positive indirekte Effekte aufgehoben.

Dimensionen des Vertrauens in das Wahlsystem und den öffentlichen Dienst wirken sich in allen betrachteten Nationen positiv auf das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie aus.

In Summe verdeutlichen die vorliegenden Ergebnisse erstens, dass die gesellschaftliche Position von Bedeutung für das Vertrauen in Politik und Demokratie ist, zweitens, dass es wichtig ist, zwischen verschiedenen Dimensionen des Vertrauens in politische Institutionen zu differenzieren, und drittens, dass sowohl Input- als auch Output-Faktoren relevant für das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie sind. Obwohl sich die Geschichte und die demokratischen Systeme der Nationen voneinander unterscheiden (Tabelle 1) und sich bei den Vertrauensniveaus deutliche Länderunterschiede zeigten (Tabelle 2), sind die Zusammenhänge zwischen den ins Modell einbezogenen Größen in allen acht betrachteten Nationen sehr ähnlich (Tabelle 3 und 4); damit zeigen sich hier klare Indizien für die hohe Bedeutung und Stabilität solcher Struktureffekte in westlichen Gesellschaften.

Die gesellschaftliche Position hat wesentliche Einflüsse auf das Vertrauen der Personen in die Demokratie. Menschen, die insbesondere aufgrund geringerer Bildung und geringerem Einkommen einen geringeren sozialen Status aufweisen, beurteilen die Leistungsfähigkeit der demokratischen Systeme kritischer und zeigen weniger Vertrauen in Regierende wie in das Funktionieren der Demokratie. Das ist wenig überraschend, da das Vertrauen in politische Eliten von den durch diese hervorgebrachten Leistungen abhängig ist (Kaina 2004; Offe 2003) und durch Generalisierung von Erfahrungen zustande gekommene Einstellungen entscheidend für das Vertrauen in das System sind (Fuchs et al. 2002). Die „Gewinner/innen“ eines politischen und wirtschaftlichen Systems können diesem vertrauen; die „Verlierer/innen“ haben weniger Anlass dazu.

Der vorliegende Aufsatz verdeutlicht zudem die Relevanz der Unterscheidung nach den EmpfängerInnen des Vertrauens (Bijlsma-Frankema et al. 2005; Kaase et al. 1979; Kaina 2004). Geringes Vertrauen in die regierenden Politiker/innen ist sicherlich eine Herausforderung für die Demokratie. Dennoch muss festgestellt werden, dass das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie nicht hauptsächlich durch das Vertrauen in die Regierenden determiniert wird. Das Vertrauen in weitere Institutionen der Demokratie erwies sich größtenteils als stärkerer Einflussfaktor auf das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie als das Vertrauen in die Regierenden. Vertrauen soll den Umgang mit Unsicherheit erleichtern (Jones 2001; Luhmann 1973). Gerade die Institutionen des Systems, zu denen auch freie Wahlen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes gehören,

zeigen Kontinuität und Stabilität, die auf die Maximierung ihrer Stimmen orientierte Politiker/innen nicht in vergleichbarem Ausmaß leisten können.

Aus einer demokratietheoretischen Perspektive ist zu konstatieren, dass sich bezüglich jener Faktoren, die die Demokratie legitimieren, sowohl Input-Faktoren wie das Vertrauen in öffentliche Institutionen und das System der demokratischen Wahl als auch Output-Faktoren wie das persönliche Bildungsniveau, Einkommen und Status auf das Vertrauen in die Demokratie auswirken.

## 8. Fazit

Ausgehend von Befunden zur sinkenden Zufriedenheit mit und zum abnehmenden Vertrauen in Politiker/innen (Arzheimer 2002; Kornelius et al. 2004; Plasser et al. 2002) ging der vorliegende Aufsatz den Fragen nach, inwiefern das Vertrauen in die Regierenden das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie insgesamt beeinflusst, und welche Rolle die eigene gesellschaftliche Position für das Vertrauen in Politik und Demokratie einnimmt. In Anlehnung an die Literatur (Bijlsma-Frankema et al. 2005; Fuchs et al. 2002; Kaase et al. 1979; Kaina 2004) wurde zwischen verschiedenen Dimensionen des Vertrauens differenziert und in einem Strukturgleichungsmodell die Mediatorfunktion des Vertrauens in den öffentlichen Dienst, in das System der Wahlen und in regierende Politiker/innen für den Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Position und dem Vertrauen ins Funktionieren der Demokratie aufgezeigt. Es bestätigte sich, dass sich die gesellschaftliche Position vor allem indirekt auf das Vertrauen einer Person in die Demokratie auswirkt. Da die Analyse in acht Nationen im Wesentlichen sehr ähnliche Resultate zeigten, dürften die Befunde für die westlichen Nationen generalisierbar sein.

Der internationale Vergleich lässt vermuten, dass insbesondere die demokratische Tradition eine Rolle für das Vertrauen in die Regierenden, den öffentlichen Dienst, das System der Wahlen und das Funktionieren der Demokratie spielt. Die ehemals kommunistischen Nationen weisen geringere Vertrauensniveaus auf, während Nationen mit stärker direktdemokratischen Elementen wie die Schweiz höhere Vertrauensniveaus zeigen. Das Vertrauen in regierende Politiker/innen scheint zudem weniger bedeutend für das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie zu sein als das Vertrauen in Institutionen der Demokratie wie das Wahlsystem oder den öffentlichen Dienst. Aus einer demokratietheoretischen Perspektive ist letztlich aber auch zu konstatieren, dass sich bezüglich jener

Faktoren, die die Demokratie legitimieren, neben Input-Faktoren (etwa das Vertrauen in öffentliche Institutionen und das System der demokratischen Wahl) auch Output-Faktoren (auf Ebene der Gemeinschaft die wirtschaftliche Lage der Nation, auf Ebene der Individuen das persönliche Bildungsniveau, Einkommen und Status) auf das Vertrauen in die Demokratie auswirken. Zudem wurde die Erfahrungsabhängigkeit von Vertrauen (Fuchs et al. 2002; Gabriel et al. 2002; Luhmann 1973) auf Ebene der Nationalstaaten (demokratische Tradition) und auf Ebene der Individuen (Effekt des sozialen Status auf das Vertrauen in die Demokratie) sichtbar. Für die Diskussion um die Politikverdrossenheit bedeutet dies, dass die Gestaltung des politischen Systems das Vertrauen in die Demokratie zwar stärken kann, aber die Erfahrung für die Bildung von Vertrauen stets relevant bleibt. Diese Erfahrungsabhängigkeit von persönlichem wie verallgemeinertem Vertrauen sollten Kritiker/innen, die die Politikverdrossenheit beklagen, ebenso berücksichtigen wie Politiker/innen in ihrer täglichen Arbeit.

Während sich zwischen den acht betrachteten Nationen deutliche Unterschiede im Vertrauensniveau zeigten, konnten kaum Unterschiede in den Zusammenhängen zwischen der gesellschaftlichen Position, dem Vertrauen in politische Institutionen und dem Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie ausgemacht werden. Weitere Forschung muss klären, ob das in diesem Aufsatz getestete Modell auch auf nicht-westliche Nationen anwendbar ist. Eine weitere Anschlussfrage für zukünftige Arbeiten liegt darin begründet, dass zwischen der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und der Überzeugung von der Idee der Demokratie zu unterscheiden ist. In diesem Kontext wäre beispielsweise zu untersuchen, ob fehlendes Vertrauen in politische Eliten und das Funktionieren der Demokratie auch die grundsätzliche Überzeugung von der Demokratie entscheidend schwächt, und ob die demokratische Tradition eines Landes Einfluss auf diese Zusammenhänge hat.

## 9. Literatur

Agh, Attila 1994: Citizenship and Civil Society in Central Europe, in: Steenbergen, Bart van (eds.), The Condition of Citizenship, London, Thousand Oaks, New Delhi, 108-126.

Amnå, Erik 2006: Playing with fire? Swedish mobilization for participatory democracy, Journal of European Public Policy, Vol. 13, No. 4, 587-606.

Arbuckle, James L. 2007: Amos 16.0 user's guide, Chicago.

Arzheimer, Kai 2002: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes, Wiesbaden.

Batt, Helge 2006: Direktdemokratie im internationalen Vergleich, Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2006, 10-17.

Beinstein, Barbara / Bittner, Marc / Ehs, Tamara / Hudler-Seitzberger, Michaela / Stromberger, Christian 2006: Vertrauen in Institutionen als Voraussetzung für Wirtschaftsentwicklung? Eine Analyse am Beispiel ausgewählter Staaten Südosteuropas, Sozialwissenschaftliche Rundschau, Vol. 46, No. 1, 7-33.

Bianchi, Suzanne M. 1999: Feminization and Juvenilization of Poverty: Trends, Relative Risks, Causes, and Consequences, Annual Review of Sociology, Vol. 25, No. 307-333.

Bijlsma-Frankema, Katinka / Costa, Ana Cristina 2005: Understanding the Trust-Control Nexus, International Sociology, Vol. 20, No. 3, 259-282

Borchert, Jens / Stolz, Klaus 2003: Die Bekämpfung der Unsicherheit: Politikerkarrieren und Karrierepolitik in der Bundespolitik Deutschland, Politische Vierteljahreszeitschrift, Vol. 44, No. 2, 148-173.

Christiano, T. D. 2001: Democracy: Normative Theory., in: Smelser, Neil J. / Baltes, Paul B. (eds.), International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, Paris, 3413-3419.

Davies, Hugh / Joshi, Heather 1998: Gender and income inequality in the UK 1968-1990: the feminization of earnings or of poverty?, Journal of the Royal Statistical Society. Series A (Statistics in Society), Vol. 161, No. 1, 33-61.

Deutscher Taschenbuch Verlag 2003: dtv-Jahrbuch 2004 Hamburg, München.

Eith, Ulrich 2005: Parteibindung in Deutschland: Einstellungsprofile, Wahlrelevanz, politische Handlungsmöglichkeiten, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

Fuchs, Dieter / Gabriel, Oscar W. / Völkl, Kerstin 2002: Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften, Vol. 31, No. 4, 427-449.

Fuhse, Jan A. 2002: Kann ich dir vertrauen? Strukturbildung in dyadischen Sozialbeziehungen, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften, Vol. 31, No. 4, 413-426.

Gabriel, Oscar W. / Kunz, Volker / Roßteutscher, Sigrid / van Deth, Jan W. 2002: Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich, Wien.

Gaiser, Wolfgang / Gille, Martina / Krüger, Winfried / de Rijke, Johann 2000: Politikverdrossenheit in Ost und West? Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Aus Politik und Zeitgeschichte, B19-20/2000, 12-22.

Gauger, Jörg-Dieter 2000: Ist Jugend anders? Beobachtungen zur 14. Shell-Jugendstudie, Die politische Meinung 396, 81-85.

Geißel, Brigitte 2006: Kritische Bürgerinnen und Bürger – Gefahr für Demokratien?, Aus Politik und Zeitgeschichte, 12, 3-9.

Hadler, Markus 2006: Wie demokratiefreundlich sind die EuropäerInnen? (Süd-)ost- und Westeuropa im Vergleich, Sozialwissenschaftliche Rundschau, Vol. 46, No. 1, 65-85.

Haller, Max / Höllinger, Franz / Raubal, Otto 1990: Leviathan or Welfare State? Attitudes toward the Role of Government in Six Advanced Western Nations, in: Alwin, Duane F. (eds.), Attitudes to Inequality and the Role of Government, Rijswijk, 33-62.

Heritage Foundation: Index of Economic Freedom. www.heritage.org/research/features/index/countries.cfm. Accessed 12.02.2006.

Hoffmann-Riem, Wolfgang 2000: Politiker in den Fesseln der Mediengesellschaft, Politische Vierteljahres-zeitschrift, Vol. 41, No. 1, 107-127.

IMD International: World Competitiveness Yearbook. www.imd.ch/wcy. Accessed 12.02.2006.

Interparlametary Union: Women in National Parlaments. http://www.ipu.org/wmn-e/arc/classif300104.htm. Accessed 14.06.2010.

Jones, Karen 2001: Trust: Philosophical Aspects, in: Smelser, Neil J. / Baltes, Paul B. (eds.), International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, Paris, 15917-15922.

Kaase, Max / Marsh, Alan 1979: Political Action: A Theoretical Perspective, in: Barnes, Samuel H. / Kaase, Max (eds.), Political Action. Mass Partizipation in five Western Democracies, Beverly Hills, London, 27–56.

Kaina, Viktoria 2004: Vertrauen in Eliten und die politische Unterstützung der Demokratie, Politische Vierteljahreszeitschrift, Vol. 45, No. 4, 519-540.

Kornelius, Bernhard / Roth, Dieter 2004: Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Bonn.

Kozeluh, Ulrike / Nitsch, Sigrid 2006: »Wählen heißt erwachsen werden!« Analyse des Wahlverhaltens Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren bei der Wiener Landtagswahl 2005, Sozialwissenschaftliche Rundschau, Vol. 46, No. 2, 126-149.

Levi, Margaret 2001: Sociology of Trust, in: Smelser, Neil J. / Baltes, Paul B. (eds.), International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, Paris, 15922-15926.

Linde, Jonas / Ekman, Joakim 2003: Satisfaction with democracy: A note on a frequently used indicator in comparative politics, European Journal of Political Research Vol. 42, No. 391-408.

Luhmann, Niklas 1973: Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart.

Luhmann, Niklas 1987: Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main.

Luhmann, Niklas 2000: Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main.

Mahrer, Harald 2005: Österreich 2050 – Visionen und Werte für die Zukunft, in: Mahrer, Harald (eds.), Österreich 2050, Wien, 11-43.

Massing, Peter / Breit, Gotthard 2005: Demokratie-Theorien. Von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn.

Mau, Steffen / Verwiebe, Roland 2009: Die Sozialstruktur Europas, Konstanz.

Mueller, Dennis C. 2003: Public Choice III, Cambridge.

OECD 2005: Economic Outlook, Paris.

Offe, Claus 2003: Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen, Frankfurt, New York.

Plasser, Fritz / Ulram, Peter A. 2002: Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?, Wien.

Pollack, Detlef 2004a: Nationalismus und Europaskepsis in den postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/2004, 30-37.

Pollack, Detlef 2004b: Support for Democracy in Eastern and Western Germany: an Attempt to Explain the Differences, European Journal of Sociology, Vol. 45, No. 2, 257-272.

Schönherr-Mann, Hans-Martin 1996: Machiavelli und die Grenzen der Vernunft: Politisches Handeln zwischen Zufall und Berechenbarkeit, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 25, No. 3, 357-367.

Schulte, Karl-Sebastian 2004: Die Wiederentdeckung des großen Ganzen? Zur Renaissance des Gemeinwohls im politischen Alltag, Die politische Meinung, 416, 49-56.

Sterbling, Anton 2003: Eliten in Südosteuropa: Rolle, Kontinuitäten, Brüche, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11, 10-17.

Sztompka, Piotr 2001: Trust: Cultural Concerns, in: Smelser, Neil J. / Baltes, Paul B. (eds.), International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, Paris, 15913-15917.

The Fraser Institute: Economic Freedom of the World. http://www.freetheworld.com/. Accessed 12.02.2006.

United Nations Development Programme 2005: Human Development Report 2005, New York.

United Nations Development Programme 2008: Human Development Report 2007/08, New York.

United Nations Development Programme 2009: Human Development Report 2009, New York.

Wiepking, Pamala / Maas, Ineke 2005: Gender Differences in Poverty: A Cross-National Study, European Sociological Review, Vol. 21, No. 3, 187-200.